



Gegen eine selektive Umsetzung der Verfassung

EUCDA begrüßt Dialog über die Aufgaben und die Begrenzung der EU – Sozialpartner in „Parlamentarische Foren“ einbeziehen

Brüssel, 18.01.2006

Die Europäische Union Christlich Demokratischer Arbeitnehmer (EUCDA) unterstützt den Bericht zur Zukunft der EU-Verfassung, der am Mittwoch im EU-Parlament abgestimmt werden soll.

Sie erinnert daran, dass die politischen Probleme und die institutionellen Mängel, die von dem Konvent geregelt werden sollten, weiter bestehen – und sogar zunehmen – werden, solange die im Vertrag über eine Verfassung für Europa vorgesehenen Reformen nicht durchgesetzt worden sind.

Sie teilt die Auffassung, dass die Nein-Stimmen bei den Volksabstimmungen in Frankreich und den Niederlanden offensichtlich mehr ein Ausdruck der Unzufriedenheit mit dem gegenwärtigen Zustand der Union waren als ein konkreter Einwand gegen die Verfassungsreformen, jedoch bedeutet das „Nein“ paradoxerweise die Aufrechterhaltung des Status quo und eine Blockade der notwendigen Reformen.

Die EUCDA warnt davor, dass eine Strategie der selektiven Umsetzung der Verfassung den Konsens, durch den ein Gleichgewicht zwischen den Institutionen und zwischen den Mitgliedstaaten erreicht wurde, möglicherweise zerstört und damit die Vertrauenskrise noch verschärft;

Sie begrüßt den neuen, breit angelegten Dialog über die Aufgaben und auch die Begrenzung der EU, der als Chance zur Förderung der europäischen Demokratie begriffen werden sollte. Daher sollten die europäischen Sozialpartner – analog zur Regelung im Verfassungskonvent – auch in die kommenden „Parlamentarischen Foren“ mit einbezogen werden.

**Die Europäische Union Christlich Demokratischer Arbeitnehmer (EUCDA) besteht aus 22 Arbeitnehmerorganisationen aus 16 Ländern und ist eine Vereinigung der Europäischen Volkspartei (EVP). Verantwortlich: Christoph Weißkirchen, Generalsekretär.
Tel 0032 2 285 4164, Fax 0032 2 285 4141, e-mail: euclidw@epp.eu,
homepage: www.euclidw.org**